

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Andreas Hartenfels und Ulrich Steinbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

## Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

### Aufwand bei der Ausweisung von Prozessschutzflächen

Die **Kleine Anfrage 1698** vom 25. Juni 2013 hat folgenden Wortlaut:

Bei der Umsetzung der Ziele der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt, welche am 7. November 2007 vom Bundeskabinett beschlossen wurde, spielt die Ausweisung von Prozessschutzflächen im Bereich des Staatswaldes eine große Rolle. Ziel ist eine Bereitstellung von 10 % des Staatsforstes als Prozessschutzfläche. Die Bundesländer sind gefordert, diese Zielmarke zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie hoch ist derzeit der Anteil an ausgewiesener Prozessschutzfläche im Staatswald von Rheinland-Pfalz?
2. Welche Kosten verfolgt die Landesregierung, um den Anteil an Prozessschutzflächen kurz- und mittelfristig zu erhöhen?
3. Welche Rolle kann der geplante Nationalpark für einen „Prozessschutz auf größerer zusammenhängender Fläche“ spielen?
4. Welche Konsequenzen hätte dies für eine betroffene Region, wenn großräumig Prozessschutzflächen ausgewiesen würden, ohne einen Nationalpark auszuweisen?
5. Vor dem Hintergrund der Zielerreichung von 10 % Prozessschutzfläche im Staatswald und dem politischen Anspruch, den Aufwand möglichst gering zu halten – ist hierbei der Weg einer Ausweisung vieler kleiner Gebiete oder weniger großer Gebiete zielführender?
6. Welche Rolle spielt die Ausweisung eines Nationalparks für die Biodiversitätsstrategie der Landesregierung?

Das **Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 18. Juli 2013 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Der Anteil der ausgewiesenen Prozessschutzfläche im Staatswald beträgt zurzeit 7 142 ha und damit 3,5 %.

Hierbei handelt es sich um folgende Flächen:

- Naturwaldreservate, Kernzonen im Biosphärenreservat Pfälzerwald, die Naturwaldfläche im Naturschutzgroßprojekt „Bienwald“.
- Naturschutzgebiete ohne geplante Holznutzung.
- Weichholzaue im Bereich des Forstamtes Pfälzer Rheinauen.

Die Ausweisung erfolgte über Rechnormen, behördenverbindliche Vereinbarungen oder Eigenbindung im Staatswald im Zuge der Planung.

Hinzu kommen weiterhin sogenannte Waldrefugien, die im Rahmen des im Jahr 2011 eingeführten Biotopbaum-, Altbaum- und Totholzkonzeptes ausgewiesen werden. Die Auswahl und Zusammenstellung dieser Flächen läuft derzeit. Der aktuelle Stand liegt bei 2 334 Hektar. Hierüber erhöht sich der prozentuale Anteil der Prozessschutzflächen auf 4,6 % (Bezug: Fläche Staatswald nach Bundeswaldinventur 2).

Einzelne ausgewiesene Biotopbäume und Biotopbaumgruppen sind in dieser Zusammenstellung nicht enthalten. Bei ihnen handelt es sich um integrale Bestandteile des Wirtschaftswaldes.

Weitere Teilflächen liegen in Steillagen, die aufgrund der Geländesituation de facto nicht bewirtschaftet werden.

b. w.

Zu Frage 2:

Die Landesregierung beabsichtigt, mit einem umfassenden Wildniskonzept die Rahmenbedingungen für die Erhöhung des Anteils ungenutzter Flächen innerhalb und außerhalb des Waldes zu schaffen. Mit der Ausweisung eines Nationalparks wird man dabei dem Ziel, bis zum Jahr 2020 10 % der Fläche des Staatswaldes der natürlichen Entwicklung zu überlassen, sehr schnell wesentlich näher kommen. Je nach Fortschritt des Übergangs in den Prozessschutz und endgültigem Gebietszuschnitt werden hierüber weitere 3 bis 4 % Wildnisfläche entstehen.

Zu Frage 3:

Ein Nationalpark erfüllt die naturschutzfachliche Anforderung, Prozessschutz auch auf großer und weitgehend ungestörter Fläche zu erreichen, in hervorragender Art und Weise. Das bislang im Land bestehende größte zusammenhängende Wildnisgebiet hat eine Fläche von ca. 2 300 Hektar. Mit einer Gesamtfläche auf rheinland-pfälzischer Seite von rund 9 200 Hektar und 75 % Prozessschutz nach spätestens 30 Jahren erreicht der Nationalpark somit eine im Land noch nicht erreichte naturschutzfachliche Größenordnung. Große Schutzgebiete ermöglichen durch ihre Naturraumausstattung ein Höchstmaß an natürlicher Dynamik im selben Gebiet und sind besonderer Rückzugsraum für störungssensible Arten mit großen Raumansprüchen.

Zu Frage 4:

Die Ausweisung von Prozessschutzflächen im Staatswald muss nicht zwangsläufig über ein Schutzgebiet erfolgen. Auch im Rahmen der nach § 7 LWaldG periodisch zu erstellenden Forstbetriebsplanung (Forsteinrichtung) kann die Nutzungsintensität – bis hin zum Prozessschutz – gesteuert werden. Solche Flächen erfüllen auch die naturschutzfachlichen Ziele der Biodiversität. Diese Planung erfolgt betriebsintern. Die Auswirkungen bezüglich der Holznutzung und des Betreuungsaufwandes sind vergleichbar mit dem Nationalpark.

Beteiligungsprozesse im Vorfeld der Ausweisung und Mitwirkungsmöglichkeiten bei der weiteren Gestaltung sind hingegen nicht gegeben. Eine unmittelbare Verbindung zu Aspekten der Regionalentwicklung wie beispielsweise der Einbindung in die Konzeption touristischer Angebote sowie der Anforderungen aus der Region besteht nicht.

Zu Frage 5:

Die Bestimmung von Zahl und Größe der in Rede stehenden Gebiete kann nicht beliebig vorgenommen werden. Notwendig ist die Realisierung weniger großräumiger Schutzgebiete parallel zur Einrichtung zahlreicher kleinflächiger Gebiete. Diese Notwendigkeit wird im Rahmen des Wildniskonzepts besonders erläutert werden. Die mit der Einrichtung eines Nationalparks verbundenen erhöhten Anforderungen dienen der Erfüllung der zu Frage 4 erläuterten weiteren Zielsetzungen.

Allgemein gilt, dass die Ausweisung vieler kleiner Schutzgebiete in der Regel den Verwaltungsaufwand erhöht.

Als Beispiel sei die Ausweisung der Naturwaldreservate nach § 19 Landeswaldgesetz genannt. Diese werden durch Rechtsverordnung der oberen Forstbehörde im Benehmen mit der oberen Naturschutzbehörde im üblichen Verwaltungsv erfahren mit Anhörung der Träger öffentlicher Belange, Offenlegung, möglicher Widerspruchsbearbeitung und Veröffentlichung ausgewiesen.

Diese Regelung des Landeswaldgesetzes ist im Jahr 2001 in Kraft getreten. Die Naturwaldreservate bestanden in der Mehrzahl schon zuvor als Versuchsflächen zu Forschungszwecken. Im Land gibt es ausschließlich im Staatswald 54 Naturwaldreservate mit einer Gesamtfläche von 2 030 Hektar. Für 41 Gebiete sind die Verfahren mittlerweile abgeschlossen, in zehn Fällen liegen die Gebiete in Kernzonen des Biosphärenreservates, in zwei Fällen sind die Verfahren angestoßen und in einem Fall ist das Verfahren noch offen. Der Gesamtzeitraum für den Erlass der Rechtsverordnungen erstreckt sich somit inzwischen im Rahmen der bestehenden Bearbeitungskapazitäten über einen Zeitraum von über zwölf Jahren.

Zu Frage 6:

Das Ziel der Ausweisung eines Nationalparks in Rheinland-Pfalz ist ein wichtiger Bestandteil der Biodiversitätsstrategie des Landes, die derzeit in Vorbereitung ist. Die Einrichtung eines Nationalparks setzt die Zielsetzungen der „Nationalen Biodiversitätsstrategie“ um und leistet zum Beispiel einen bedeutenden Beitrag zur Einrichtung von Wildnisräumen. Diese „Wildnisareale“ ermöglichen die freie Entfaltung natürlicher Abläufe – also Prozessschutz – auf größerer Fläche und liefern somit wertvolle Beiträge zur Biodiversität.

Ulrike Höfken  
Staatsministerin